

Rechte Europa-Konzeptionen

Joachim Becker

In der Brexit-Frage zeigten sich sowohl der dominante Block als auch die politische Rechte tief gespalten. Und gleichzeitig dominierten Positionen der politischen Rechten auf beiden Seiten – sowohl bei den VerfechterInnen des Verbleibens wie des Verlassens der EU – die Brexit-Debatte (vgl. Watkins 2016). Ähnliches zeigt sich über die breitere politische Debatte über die Zukunft der EU ab. In der politischen Rechten – von den ChristdemokratInnen bis zur extremen Rechten – werden sehr widerstreitende Diagnosen zum Zustand der EU und Europakonzeptionen formuliert. Hierbei sieht sich der bisherige europa-politische Mainstream eines Weiterwurschtelns mit der bisherigen neoliberalen Integrationspolitik zunehmend durch Konzepte einer partiellen oder sehr weitgehenden Renationalisierung der Politik von rechts herausgefordert. Die rechten Debatten dominieren hierbei insgesamt die Diskussion, obgleich es auch eine linke Europa-Debatte – mit parallelen Spaltungslinien – gibt. Der Kern des dominanten Blocks war in Großbritannien und ist in der EU für eine Fortsetzung der neoliberal konturierten Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte. Der britische Fall hat gezeigt, dass ein Bruch mit der bisherigen Integrationspolitik auch gegen die Interessen und ausdrückliche Positionierung der Mehrheitsfraktion des dominanten Blocks denkbar ist (vgl. Watkins 2016: 5). In Großbritannien war dies Folge eines Schismas auf der Rechten. Denkbar ist dies auch breiter in der EU. Von daher ist es bedeutsam, sich mit den unterschiedlichen Europa-Konzeptionen der politischen Rechten in der EU auseinanderzusetzen.

Die Integrationskrise

Die EU-Integration ist in der EU in den letzten Jahrzehnten stark entlang neoliberaler Leitbilder erfolgt. Mit der aktuellen großen Krise hat der Neoliberalismus als gesellschaftliche Leitvorstellung allerdings deutlich an Hegemoniefähigkeit eingebüßt. Dies ist nicht ohne Folgen für das gleichfalls neoliberal eingefärbte Integrationsmodell geblieben. Die aktuelle Krise hat die ungleichen Entwicklungsmuster in der EU, speziell zwischen den industriellen Kernländern und de-industrialisierten süd- und südosteuropäischen Peripherieländern, deutlicher als zuvor zu Tage treten lassen. Die dominanten Kräfte in den Zentrumsländern haben die Krisenlasten gesellschaftlich vor allem auf die unteren Mittelschichten, die Arbeiterschaft, PensionistInnen und Arbeitslosen und räumlich auf süd- und teils auch osteuropäische Länder abgewälzt (vgl. Feinberg 2016). Die Krisenabwälzung wurde vielfach über die konditionierten EU/IWF-Kreditprogramme durchgesetzt. Publizistisch wurden diese als „Hilfsprogramme“ verkauft, die öffentlichen Kreditgewährungen dienten allerdings primär der Gewährleistung der Kreditbedienung der Peripheriestaaten an private Gläubiger. Die Kreditzahlungen an die Peripherie, ab 2015 dann die Frage der Versorgung und Verteilung der Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten leisteten einer Debatte „Wer zahlt wieviel für wen?“ Vorschub. Sie brachte desintegrative Tendenzen zum Ausdruck. Die Krise des lange Zeit hegemonialen Integrationsmodells hat also ein materielles Unterfutter.

Lange Zeit war das neoliberale Integrationsmodell tatsächlich im Sinne Gramscis insofern hegenominal, als es eine relativ breite Akzeptanz genoss. In diesem Sinne waren die integrationsbefürwortenden Fraktionen des dominanten Blocks tatsächlich auch „führend“ (vgl. Gramsci 1991: 101). Allerdings hatten die dominanten Kräfte nicht allein auf die konsensualen Kapazitäten ihres Integrationsprojektes gesetzt. Von Anfang an hatten sie eine technokratisch-verengte und exekutivlastige EU-Integrationsstruktur aufgebaut, welche die EU-Entscheidungszentren vor Druck von unten wirksam abschirmen sollte (vgl. Vauchez 2014, Müller 2012: 40 ff.).

Mit der aktuellen Krise ist der konsensuale Charakter des Integrationsprojektes, der nie total war, sehr stark erodiert. In Anlehnung an Gramsci (1991: 120) lässt sich konstatieren: „(d)er Hegemonieapparat (bekommt) Risse, und die Ausübung der Hegemonie wird immer schwieriger.“ Damit treten für die dominanten Kräfte bei der Durchsetzung ihrer Interessen Zwangselemente immer deutlicher in den Vordergrund. Beim Projekt der Fortsetzung des bisherigen Integrationsprojektes – in verschiedenen Varianten – nehmen diese vor allem Formen technokratischer Herrschaftsformen und die Forcierung regelgebundener Politik an, wie sie durch die Veränderungen der ökonomischen Governance speziell der Euro-Zone seit Beginn der aktuellen Krise weiter forciert worden sind (vgl. Klatzer/Schlager 2011, allgemeiner Vauchez 2014). Autoritäre Politikformen sind allerdings auch bei rechtsnationalistischen Kräften, die teils das Integrationsprojekt verändern, teils daraus aussteigen wollen, erkennbar. Bei ihnen treten neben die technokratischen, oftmals neoliberal inspirierten Elemente die Stärkung der Kontrolle der dominanten Partei über den nationalstaatlichen Staatsapparat und die Schwächung der Gewaltenteilung. Es handelt sich also um überkommene Formen des Autoritarismus. Ausgewählte Gesellschaftssektoren suchen sie über klientelistische Politik – beispielsweise Ausschreibungen (z.B. Bauvorhaben, Infrastruktur) für das Kapital, Stellenvergabe für die lohnabhängige Mittelschicht – auf nationalstaatlicher Ebene an sich zu binden (vgl. Becker 2017: 55 ff.). Diese Orientierung setzt sich mit einer selektiven Förderung und verschärften Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen fort (vgl. Socha 2016). Klientelistische Politik ist eine Form der Herrschaftsausübung, die sich zwischen den Polen Konsens und Zwang bewegt. Gramsci (1991: 120) findet hierfür den pejorativeren Begriff von „Korruption-Betrug“. Der klientelistische Zugang ist etwas breiter angelegt als die Gramsci'sche Kooptierungspolitik.

Mithin unterscheiden sich die euroliberalen und rechtsnationalistischen Projekte in ihrem autoritären Zuschnitt. Breitere Ausdifferenzierungen sind im rechten Streit um Europa beim Ausmaß europäischer Integration, dem Verhältnis EU-Nationalstaaten, institutioneller Verdichtung und Peripherie der EU (beispielsweise Euro-Zone und Schengen-Raum) sowie deren geographischer Gestalt wie auch bei den geo-politischen Orientierungen erkennbar. Beide Facetten – Herrschaftsform und (Des-)Integrationsprojekt – sind in ihrem Zusammenhang zu denken. Das euroliberale dominante Integrations- und technokratische Herrschaftsprojekt wird hierbei primär, wenngleich nicht allein von politisch noch weiter rechts stehenden Kräften herausgefordert. Allerdings ist die Parallele nur partiell, denn die Herausforderung der dominanten liberal-kapitalistischen Ordnung ist von links weit schwächer als in der Zwischenkriegszeit. Damit tritt die Herausforderung durch weit rechts stehende Kräfte noch stärker in den Vordergrund. Im europäischen Fall setzen diese stark beim unter Legitimitätsverlust leidenden neoliberalen Integrationsprojekt an. Sie forcieren in ihrem Diskurs vor allem klassenunspezifische Spaltungslinien, vor allem ethnische bzw. ethnisch-konfessionelle Abgrenzungen. Damit

postulieren sie „eine Politik der Grenzen, die auf Statuserhalt und Schutz der eigenen Lebensweise (...) zielt.“ (Dörre 2016: 168)

Vor diesem Hintergrund seien nun die unterschiedlichen rechten, also inegalitär angelegten Europa-Konzeptionen skizziert.

Dominante Strategie: das Weiterwurschteln

Die dominante Strategie setzt auf die Fortsetzung der neoliberalen Integrationspolitik und reaktiven, oftmals primär auf eine kurzfristige Re-Stabilisierung ausgelegten Reaktionen auf die vielfältigen Krisen. Hierbei ist der Umgang mit bestehenden EU-Regeln oftmals sehr flexibel, faktisch werden rechtliche Regelungen zeitweise faktisch suspendiert oder unterlaufen. Diese Politik kann als ein reaktives Durchwurschteln gekennzeichnet werden.

Gesellschaftlich stellen die transnationale Finanzwirtschaft, das exportorientierte Industriekapital des Zentrums sowie erhebliche Segmente des mittleren Kapitals den Kern des euroliberalen Blocks dar (vgl. Georgi/Kannankulam 2015: 355). Aber auch erhebliche Teile der (oberen) Mittelschichten sind eine wichtige Komponente dieses Machtblocks. Politisch werden euroliberale Positionen vor allem von breiten Strömungen in christdemokratischen, sozialdemokratischen Parteien vertreten, aber auch Teile der Grünen und der liberalen Parteien sind affin zu diesen Positionen. Dies spiegelt sich in den entsprechenden Positionierungen der von diesen Kräften dominierten Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten wider. Dies gilt in besonderem Maße für die EU-Kernländer. In den Kernländern ist die Politik des Durchwurschtelns nach wie vor auf eine Verdichtung regelgebundener Politik, speziell in der Eurozone, gerichtet. Allerdings gehen deren Vorstellungen über die Art der Vertiefung etwas auseinander: „So betont die französische Regierung mehr die Notwendigkeit der Stärkung supranationaler Instanzen und der fiskalischen Kapazität der EU, während die deutsche Regierung eher auf die dauerhafte Institutionalisierung einer restriktiven Fiskalpolitik und die intergouvernementale Kontrolle des EU-Apparats zielt“ (Heine/Sablowski 2015: 586). Diese Art von Anliegen scheint bei den sozialliberalen und liberalkonservativen Kräften in Skandinavien – überwiegend in Staaten außerhalb der Eurozone – weniger ausgeprägt. Europapolitisch orientieren sich die (neo-)liberalen Hauptkräfte in den Baltischen Ländern eher an Skandinavien als an den rechtsnationalistischen Strömungen in den Visegrád-Ländern, speziell Polens (vgl. Szczerek 2016: 10 f.).

Die von den EU-Mitgliedsländern beschickte Europäische Kommission ist eindeutig euroliberal orientiert. Sie hat ein besonders starkes institutionelles Interesse an der Bewahrung der EU in der heutigen Gestalt, nicht zuletzt auch in ihrer ländermäßigen Konstellation. Das Europaparlament wird von einer faktischen Koalition von Christ- und Sozialdemokraten regiert, welche die euroliberale Politik abstützen (vgl. Watkins 2014: 18 f.).

Im Krisenmanagement sind zentrale Entscheidungen durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten getroffen worden (Lenaerts 2015: 139), während die Kommission für die Umsetzung bzw. Überwachung der entsprechenden Maßnahmen, beispielsweise der mit den Kreditprogrammen verbundenen Strukturanpassungsprogramme in den Peripherieländern der Euro-Zone, betraut wurde. Bei diesen Strukturanpassungsprogrammen intervenierte die EU auch in Bereiche, wie die Kollektivvertragsbeziehungen, die rechtlich eigentlich eine Domäne der Nationalstaaten sind.

Diese Muster ließen sich etwa im Umgang mit der Verschuldungs- und Entwicklungskrise der EU-Peripheriestaaten oder mit der sogenannten Flüchtlingskrise beobachten.

Weiters wurde deutlich, dass der Positionierung der deutschen Bundesregierung in diesen Frage besondere Bedeutung zukam. Dies wurde besonders augenfällig im Konflikt zwischen den EU-Kernländern und den EU-Institutionen (v.a. Europäische Kommission, Europäische Zentralbank) einerseits und der Syriza-Regierung andererseits um die EU/IWF-Strukturanpassungsprogramme. Hier übernahm die deutsche Bundesregierung im Konflikt mit der Syriza-Regierung die Führungsrolle. Gleichzeitig wurden Ausdifferenzierungen in der deutschen Bundesregierung zwischen Verfechtern eines Durchwursteltens (repräsentiert u.a. durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel) und Verfechtern einer Kerneurozone (repräsentiert u.a. durch den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble), die Griechenland mit dem Ausschluss aus der Eurozone für den Fall einer Ablehnung der Strukturanpassungspolitik drohten, deutlich. Letztlich setzten sich zu Beginn des eskalierenden Verschuldungskrise in den Peripheriestaaten der Euro-Zone im Jahr 2010 und erneut, wenngleich schon abgeschwächerter, auch im Frühjahr 2015 im Konflikt mit Griechenland in der CDU/CSU und damit in der deutschen Bundesregierung die Kräfte durch, die auf einen Erhalt des Status quo in der EU und der Euro-Zone orientiert sind (vgl. Georgi/Kannankulam 2015: 355 ff.). Gleichzeitig impliziert diese Linie, eine Abwälzung der Krisenlasten auf die (südlichen) Peripherieländer der Eurozone – und dort speziell die Lohnabhängigen, PensionistInnen und Arbeitslose, sowie die gezielte Obstruktion linker Alternativen.

Mit der sogenannten Flüchtlingskrise und den damit eskalierenden Konflikten um die Verteilung der Flüchtlinge in der EU kam die Frage der Bewahrung sowie der geographischen Gestalt der Schengen-Zone auf die Tagesordnung. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist in der EU durch die Dublin-Abkommen einseitig zu Lasten der Peripherieländer geregelt. Denn das EU-Land, indem die Flüchtlinge als erstes ankommen, ist für deren Asylverfahren zuständig. Die südlichen und südöstlichen Grenzregionen gehören fast durchgängig zu den armen Regionen in der EU (vgl. Euromemo Group 2017: 7). Damit hielten sich die Kernländer über Jahre die Flüchtlinge von sich fern. Im Sommer 2015 brach das Dublin-System unter der stark zunehmenden Zahl von Flüchtlingen praktisch zusammen. Speziell Griechenland als erstes Ankunftsland und zudem stark durch die EU-Ausertätigkeitspolitik ökonomisch geschwächt war mit der Situation überfordert. Die Flüchtlinge überschritten in großer Zahl zunächst die Grenzen zu den post-jugoslawischen Staaten, dann auch zu Ungarn. Auf die faktische Nichtpraktizierbarkeit der Dublin-Regeln reagierte die deutsche Bundesregierung mit der zeitweiligen Öffnung der Grenze zunächst für Flüchtlinge, speziell aus Syrien. Dies geschah als einseitige Maßnahme der deutschen Bundesregierung, ohne Konsultation mit anderen Regierungen. Diese wurden bestenfalls kurzfristig in Kenntnis gesetzt. In der Folgezeit wurde faktisch ein „humanitärer Korridor“ von den ex-jugoslawischen Staaten bis zu den EU-Kernstaaten geschaffen, der bis zum März 2016 bestand. Die Schaffung dieses Korridors lief auf die faktische zeitweise Suspendierung bestehender EU-Regeln und die Arbeit auf der Basis interner Bestimmungen und faktischer staatlicher Praktiken hinaus (Kogovšek Šalomon 2016).

Für Georgi (2016: 191) trug die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der zeitweiligen Grenzöffnung dem faktischen Kollaps des Dublin-Systems, den Interessen transnationaler Kapitalgruppen in Deutschland an einer Bewahrung des Schengen-Systems und an günstigen Arbeitskräften sowie dem Druck einer linksliberalen – aber so ließe sich hinzufügen auch kirchlichen – Öffentlichkeit zugunsten einer humanitären Lösung Rechnung. Gegen diese Politik mobilisierten sich zunehmend rechtsnationalistische Kräfte, zu deren WortführerInnen in der EU die ungarische Fidesz-Regierung wurde. In Deutsch-

land machte sich die Alternative für Deutschland (AfD) zum Hauptstimmrohr dieser Kritik, aber auch nationalkonservative Kreise in der CDU/CSU und konservative Leitmedien wie die Frankfurter Allgemeine stimmten in diesen Chor ein. Die einsetzenden partiellen Grenzkontrollen suchte die deutsche Bundesregierung soweit wie möglich zu begrenzen. Denn transnationale Kapitalgruppen haben aufgrund der internationalisierten Warenproduktion ein Interesse an einer Waren- und Arbeitskräftezirkulation ohne Grenzkontrollen (Georgi 2016: 192). In der EU war die deutsche Bundesregierung nicht stark genug eine praktikablere Modifizierung des Dublin-Systems durchzusetzen. Stattdessen wurde die – zeitweilige – Lösung in einer Externalisierung des Problems gefunden: nämlich einem Abkommen mit der Türkei, das am 18 März 2016 geschlossen wurde. Laut diesem Abkommen nimmt die Türkei im Austausch für Geldzahlungen, für das EU-Versprechen einer organisierten Aufnahme von syrischen Flüchtlingen in der Türkei, für eine Beschleunigung der EU-Beitrittsgespräche sowie eine Beendigung der Visapflicht für TürkInnen Flüchtlinge zurückzunehmen. In der Praxis hat die Türkei Flüchtlinge im Austausch für die Hinnahme verschärfter Repression in der Türkei seitens der EU und ihrer maßgeblichen Regierungen zurückgehalten (vgl. EuroMemo Group 2017: 8).

Speziell in der Flüchtlingsfrage zeigen sich die Grenzen einer von der deutschen Bundesregierung angeführten Politik des Durchwurstelns, die auf einen Erhalt der Euro- und Schengenzone in der bisherigen Gestalt ausgerichtet ist. Entgegen ihren Intentionen kann die Politik des Durchwurstelns die zentrifugalen Tendenzen nicht ernsthaft konterkarieren (vgl. Wahl 2016).

Bei der Politik des Durchwurstelns gibt es noch zwei Untervarianten, die bei der Politik der Eurozone bzw. der Schengenzone Modifikationen vornehmen.

Durchwursteln plus größere fiskalische Flexibilität

Eine größere fiskalische Flexibilität und tendenziell auch den Ausbau von stabilisierenden Elementen für die Eurozone wie z.B. wie Bankenunion möchten Parteien Südeuropas, die traditionell als Mitte-Links eingeordnet wurden. Sie wünschen so etwas größere sozial- und wachstumspolitische Spielräume zu gewinnen. Eine ernsthafte Mitte-Links-Politik verfolgt von diesen Parteien allerdings allein der Partido Socialista in Portugal, der gestützt auf den Partido Comunista und den Bloco de Esquerda bestehende Spielräume für eine Anti-Austeritätspolitik ausnutzt und gezielt neue Akzente wie Erhöhung von Mindestlöhnen, progressive Steuern bzw. Rücknahme von Privatisierungen verfolgt (vgl. Lopes/Antunes 2016, Wieland 2016). In Italien hat die Regierung von Matteo Renzi zwar einzelne unsystematische sozialpolitische Maßnahmen ergriffen (vgl. Piller 2016), aber sowohl die Regierung des Partito Democratico in Italien wie auch jene des Parti Socialiste in Frankreich haben eine Politik des Abbaus von ArbeitnehmerInnenrechten – unter dem Stichwort „Flexibilisierung“ – und der Schwächung der kollektivvertraglichen Position der Gewerkschaften als politische Leitprojekte verfolgt. Wie Syrovatka (2016a: 278 ff.) am Beispiel Frankreichs herausarbeitet, orientierte sich die Regierung Holland hierbei an EU-Vorgaben. Durchgesetzt wurden Kernstücke der Politik autoritär per Dekret (Syrovatka 2016b: 320). Gegen die Proteste brachte die Regierung die Bestimmungen des Ausnahmezustandes in Anschlag (vgl. Oberndorfer 2016: 571 ff.). Die Regierung Renzi suchte Hindernisse, die einer neo-liberalen Politik institutionell entgegenstehen, durch eine Verfassungsreform zu beseitigen. Dabei nahm sie das austarierte parlamentarische System – eine Kernstück des anti-faschistischen Konsenses der Nachkriegszeit – ins Visier (Renner

2016: 8). „Die Bürger werden zwei Gelegenheiten weniger haben, ihre direkten Repräsentanten zu wählen: im Senat und in den Regionen“, fasste die Metalller-Spitzengewerkschafterin Susanna Camusso in einem Interview mit dem *Corriere della Sera* die Intention der Verfassungsänderungen kritisch zusammen (Marro 2016: 6). Auch der *Consiglio nazionale dell'economia e del lavoro* (Cnel), ein Konzertierungsgremium zwischen Kapital und Arbeit mit Einfluss auf die Gesetzgebung, stand auf der Abschlusliste der Regierung Renzi (Alberti 2016). Im Verfassungsreferendum erlitt die Regierung Renzi – 59,5% Neinstimmen – Schiffbruch. Die Politik des *Partito Democratico* und der *Parti Socialiste* verfolgt real eine rechte Agenda und fügt sich in weiten Bereichen bruchlos in einen autoritären Liberalismus à la Bruxelles ein. Die Abweichung vom fiskalischen Dogmatismus ist mithin nur eine sehr partielle Modifikation der Politik des Durchwurstelns. Der Aspekt der Kohäsion würde hierdurch leicht gestärkt, an den zentrifugalen Tendenzen in der EU würde die eine größere fiskalische Flexibilität aber nichts Grundlegendes ändern. Allerdings haben die Europäische Kommission und das wichtigste Kernland, also die deutsche Bundesregierung, Initiativen vor allem des *Partito Democratico* für eine flexiblere Handhabung der Budgetregeln systematisch abgeblockt. Die VertreterInnen dieser Richtung sind politisch zunehmend geschwächt, so dass dieser Subvariante kaum Erfolg beschieden sein dürfte.

Durchwursteln mit Verkleinerung der Schengenzone

Mit der wachsenden Zahl der Flüchtlinge, die über Griechenland in die EU gelangten, drängten zunächst vor allem nationalkonservative Kräfte in Zentralosteuropa, Österreich und Deutschland auf ein Dichtmachen der Grenzen und stellten die Mitgliedschaft Griechenlands und teils auch Italiens in der Schengenzone teils explizit, teils implizit in Frage. Diese Kräfte sind ohnehin auf eine Stärkung der Nationalstaaten bzw. Kerneuropa-Konzeptionen orientiert. Aber auch Strömungen in der Christ- und Sozialdemokratie dieser Region vertraten und vertreten ähnliche Positionen in der Grenzfrage und dem Zuschnitt der Schengenzone, ohne sich ansonsten von der Politik des Durchwurstelns substantiell zu entfernen. Von österreichischer Seite haben sich speziell Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ), die sich ostentativ hinter die mazedonischen Grenzschutzmaßnahmen (gegenüber dem Schengenland Griechenland) stellten. Damit ist die Frage nach der Schengen-Zugehörigkeit Griechenlands gestellt. Zur selben Tagesordnung gehören – zunächst als zeitweilig annoncierte – Grenzkontrollen innerhalb der Schengenzone. Die potenziell um einzelne südeuropäische Länder verkleinerte und schärfer nach außen geschützte Schengenzone ist die außenpolitische Flankierung eines exkludierenden Sozialstaates.

Kerneuropa-Konzepte

Noch stärker wollen Kerneuropa-Konzepte die bereits jetzt abgestufte europäische Integration verändern und die verdichtete Integration auf eine kleinere Kerngruppe einengen. In den Kernländern werden Kerneuropa-Konzepte einerseits von Strömungen innerhalb der Christdemokratie andererseits durch Kräfte der nationalistischen Rechten verfochten. Die Stoßrichtung ihres Arguments unterscheidet sich allerdings. Die christdemokratischen Kerneuropa-Verfechter halten eine engere politische Union zunächst nur für einen auf die Währungsunion gegründeten Kern für sinnvoll, während es der nationa-

listischen Rechten primär darum geht, die „Bürde“ der südlichen Peripherieländer loszuwerden.

Der Kerneuropa-Gedanke ist nicht neu. Sehr prägnant ist seine christdemokratische Variante bereits im sogenannten Schäuble/Lamers-Papier Jahr 1994 formuliert worden. In diesem Papier argumentieren die beiden Christdemokraten: „Der feste Kern hat die Aufgabe, den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum gegenüberzustellen und damit die Auseinanderentwicklung zwischen einer protektionismus-anfälligen Süd-West-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Frankreich und einer stärker dem freien Welthandel verpflichteten Nord-Ost-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Deutschland zu verhindern.“ (CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1994: 5). Aufgabe der Kernländer solle es sein, „gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter zu handeln als andere und gemeinsame Initiativen einzubringen, um die Union weiterzuentwickeln.“ (ibid.: 5). Den Ansatz für die Kernbildung sahen Wolfgang Schäuble und Karl Lamers damals in der sich herausbildenden Währungsunion. Für sie ist „die Währungsunion der harte Kern der Politischen Union ... (und nicht, wie in Deutschland oft verstanden, ein zusätzliches Integrationselement, das neben der Politischen Union steht)“ (ibid.: 6). Dieser Kern sollte für Schäuble und Lamers sehr homogen sein, Italien fand sich bei ihnen nicht unter den ins Auge gefassten Mitgliedern der Kerngruppe. Hingegen sahen sie die deutsch-französische Achse als essenziell an (ibid.: 5). Im Agieren des heutigen deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble gegenüber Griechenland, genauer mit dessen Drohung mit dem Ausschluss aus der Eurozone, ist durchaus eine Kontinuität zu seinem Denken Mitte der 1990er Jahre zu sehen. Eine kleinere und homogenere Eurozone, die den über neoliberale Regeln verdichteten Kern eines europäischen Integrationsprojektes bilden würde, ist für christdemokratische Kerneuropa-Verfechter zumindest eine ernsthafte, wenn nicht sogar die präferierte Option. Die im Kompromiss speziell mit Frankreich geschaffene breite Eurozone entsprach nicht ihren Vorstellungen. Deren Verkleinerung würde allerdings für die Gesamtarchitektur schwere Erschütterung mit sich bringen. Deswegen wurde dieses Konzept bislang auch nicht offensiver verfolgt. Der Konflikt mit Griechenland hat gezeigt, dass auch breitere Kräfte in der Eurozone, beispielsweise die sich wirtschaftspolitisch eng auf die deutsche Bundesregierung orientierte slowakische Regierung grundsätzlich bereit wären, sich dem Ausschließungsbegehren gegen widerborstige Peripherieländer aus der Eurozone anzuschließen.

Bei Parteien der nationalistischen Rechten, wie der FPÖ oder der Alternative für Deutschland (AfD), steht weniger die Bildung eines sich stärker (neoliberal) integrierenden Kerns als vielmehr die Abstoßung der Peripherieländer der Eurozone im Vordergrund. So ist eine der europapolitischen Forderungen der FPÖ: „Bei Nichtstabilisierung des Euro rasche Restrukturierung der Eurozone durch Austritt der schwachen Volkswirtschaften und Reduzierung auf wirtschaftlich ähnlich starke Volkswirtschaften“. (FPÖ o.J.). Insgesamt zeichnet sich die FPÖ in den EU-Fragen durch eine erhebliche Ambivalenz aus. Grundsatzkritik und gelegentliches Kokettieren mit einem Austritt aus der Eurozone („Raus aus dem Euro! Wieder Herr im eigenen Haus“) wechseln ab mit Aussagen, dass ein Austritt aus der EU nicht realistisch sei (vgl. Hynčica et al. 2016: 144 ff., 150 ff.). Mithin bietet die FPÖ eine Melange aus Kerneuropa-Positionierungen und Forcierung von Themen, wie Minimierung des Brüsseler Einflusses auf die nationalstaatliche Politik und Wahrung der nationalen Souveränität, die stark mit jenen im Lager des „Europas der Vaterländer“ übereinstimmen. Diese Ambivalenz hängt mit dem Spagat zwischen der impliziten Anerkennung der engen

ökonomischen Anbindung an Deutschland und den damit verbundenen Wirtschaftsinteressen, auf deren Unterstützung die FPÖ erpicht ist, einerseits und der EU-kritischen Einstellung der FPÖ-WählerInnenbasis andererseits zusammen. Für eine in die Regierung zentral eingebundene FPÖ wäre wohl eher ersteres handlungsleitend.

Eine ähnliche Mischung von Kerneuropa-Positionen und einer Orientierung auf ein „Europa der Vaterländer“ ist bei der AfD, aber auch der slowakischen Sloboda a Solidarita erkennbar. In ihren nationalistisch-neoliberalen Anfänge war die AfD eng mit der Kritik der EU-Kreditprogramme für die südeuropäischen Peripheriestaaten verbunden (vgl. Friedrich 2015: 20 ff., 53 ff.) und lag eher auf Linie der Kerneuropa-Positionen. In der Folgezeit hat sich die Kritik der AfD in Richtung auf eine Auflösung der Eurozone radikalisiert (vgl. Kellersohn 2016: 20) und fällt damit eindeutiger als bei der FPÖ aus. Auch darüber hinaus hat sie sich mit ihrer zunehmenden Entwicklung nach rechts immer mehr an Konzeptionen eines „Europas der Vaterländer“ angenähert – und damit, wie Friedrich (in dieser Nummer) herausarbeitet, an Unterstützung bei den mittleren „Familienunternehmen“ zumindest auf der Verbandsebene verloren. Interessanter Weise positionierte sich auch Sloboda a Solidarita (SaS) als eine nationalistisch-neoliberale Partei aus einem zentralosteuropäischen Peripherieland gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und brachte durch sein parlamentarisches Abstimmungsverhalten in dieser Frage 2011 auch die von Iveta Radičová geführte slowakische Rechtskoalition zum Scheitern (Hynčica 2016: 177). Im Gegensatz zur AfD ist die slowakische SaS allerdings bei seiner eindeutig neoliberalen Grundausrichtung geblieben. Beide Parteien sind eher dem Lager eines „Europa der Vaterländer“ als der Kerneuropa-Fraktion zuzurechnen.

Komplementär zu Positionen der Kernneuropa-VerfechterInnen in den Zentrumsländern sind potenziell Vorstöße von Kräften der nationalistischen Rechten in Südeuropa. Wohl am prononciertesten verfißt die italienische Lega Nord den Austritt aus der Eurozone unter diesen Parteien (vgl. Weissenbacher 2015). In einer Broschüre zum Euro bewertet die Lega Nord den Euro als überbewertet und schätzt dessen Wirkungen auf die italienische Industrie als negativ ein (Borghi Aquilini 2014: 16). Den Austritt aus der Eurozone und die Wiedergewinnung autonomer Spielräume in der Währungspolitik sieht die Lega Nord als zentrale Voraussetzungen für eine Überwindung der Krise (ibid.: 3). Sie fordert flankierende industrie- und investitionspolitische Maßnahmen. Das politisch schillernde Movimento Cinque Stelle, das in Meinungsumfrage hohe Präferenzen erreicht, hat gegenüber der italienischen Eurozonen-Mitgliedschaft eine zunehmend ablehnende Haltung eingenommen (vgl. Reuters 2016), bleibt allerdings in seinen Äußerungen ambivalent (vgl. Ferro 2016). Ein unter rechten Vorzeichen erfolgender Austritt Italiens mit seiner teils mittelständisch geprägten Exportindustrie und seiner lang anhaltenden Stagnation aus der Eurozone ist nicht auszuschließen. In der Peripherie ist das Streben nach einem Austritt aus der Eurozone primär durch die Wiedergewinnung nationalstaatlicher Spielräume motiviert. Es ist nicht überraschend, dass diese Forderung seitens rechter Kräfte am deutlichsten in Italien gestellt wird, denn hier ist das einheimische industrielle Kapital in der Region am stärksten.

Europa der Nationen

Am stärksten sind die Verfechter verschiedener Konzepte eines „Europas der Nationen“ bzw. „Europas der Vaterländer“ auf eine Stärkung der Nationalstaaten ausgerichtet. Große Parteien der nationalistischen Rechten in Zentralosteuropa zielen auf eine Stärkung von

nationalstaatlichen Kompetenzen in der EU und eine Stärkung konservative Konturierung der EU, wollen jedoch in der EU verbleiben (vgl. Becker 2017: 58 f.). Ähnlich war die Orientierung der Remain-Fraktion bei den britischen Konservativen (vgl. Watkins 2016: 10 ff.). In den größeren Parteien der nationalistischen Rechten in ökonomischen Kernländern der EU, wie dem Front National oder auch der Partij voor de Vrijheid (PVV), sind die Austrittstendenzen stärker, wenngleich in den Positionierungen auch starke Ambivalenzen erkennbar sind (vgl. z.B. zum Front National Reungoat 2015: 244).

Grundlegende Vorbehalte gegen eine EU-Integration formulierten Parteien der nationalistischen Rechten Polens, die sich in der Region besonders prononciert positionierten, bereits in den 1990er Jahren. Ihnen ging es um die Bildung eines „Europas der Vaterländer“ mit ausgeprägter nationaler Souveränität. Sie wandten sich gegen die Integration in supranationale Strukturen und ließen teils eine stärkere Präferenz für ein enges Bündnis mit den USA als einer EU-Integration erkennen. Zum Teil befürworteten sie allerdings grundsätzlich eine Orientierung auf die EU – nicht zuletzt als Gegengewicht zu Russland (vgl. den Überblick von Rogowska 2003). In einem „eurorealistischen Manifest“ plädierten Vertreter der nationalliberalen Občanská demokratická strana (ODS) vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik für ein inter-gouvernementales Integrationsprojekt mit Wahrung der nationalen Souveränität und demokratisch legitimierten Verantwortlichkeiten. Von daher waren sie eindeutig gegen die Stärkung supranationaler Elemente der EU (Zahradil et al. 2001). Hierbei ging es ihnen auch darum, nationalstaatliche Instrumente für eine konkurrenzorientierte Wirtschaftspolitik zur Verfügung zu haben (vgl. Becker 2004: 13).

Diese Art der Kritik wird derzeit aktualisiert und radikalisiert. Eine starke Konkurrenzorientierung wird mit einer Stärkung der Nationalstaaten konzeptionell zusammengefasst. So bekennt sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (2016: 6) in einem langen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen zum „Kern der deutschen Dreifaltigkeit: Haushaltsdisziplin; Wettbewerbsfähigkeit, Strukturreformen.“ Währungsunion und den „durch Schengen geschützten Binnenmarkt“ benennt er als die „beiden größten europäischen Errungenschaften“ (ibid.). Schengen will er durch radikalisierte Grenzkontrollen und Abschottung nach außen absichern. Sicherheit definiert Orbán dabei als „innere“, nicht aber soziale Sicherheit. Es ist also ein extrem verengter Sicherheitsbegriff, den er den Vordergrund stellt. Scharfe Kritik wird in dem Artikel an den supranationalen EU-Institutionen deutlich: „Die Institutionen sind für die Mitgliedsstaaten da, nicht umgekehrt.“ Und noch schärfer, im Sinne der von Orbán und Kaczyński proklamierten „kulturellen Konterrevolution“, heißt es: „Die Denationalisierung, die Idealisierung des europäischen Projektes und darüber hinaus das falsche Selbstbild müssen aufgegeben werden“ (ibid.). Einer vermeintlichen Denationalisierung konterkarieren sollte aus offizieller Sicht auch ein von der Regierung Orbán initiiertes Referendum gegen die Verteilung von Flüchtlingen seitens der EU. Es diene vor allem der internen Abstützung der WählerInnenbasis von Fidesz (vgl. Becker 2017: 59 sowie Benyik in dieser Nummer).

In der rechtsnationalistischen Debatte bietet die Frage der Flüchtlinge und des Asylrechts auch das Einfallstor für eine Attacke auf die Doktrin der Menschenrechte, die beispielsweise der frühere tschechische Premier und Staatspräsident Václav Klaus (2016: 6) als „inhuman“ und „utopisch“ geißelt, da sie ein gewisses politisches, ökonomisches und gesellschaftliches System etablieren wolle. Einerseits geht es hierbei um Fragen wie etwa das Asylrecht, die Rechte von Frauen, Minderheitenschutz in verschiedenen Aspekten, die den ultrakonservativen gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Fidesz oder PiS ent-

gegenstehen, andererseits aber auch um Grundrechte, die das Durchregieren durch eine herrschende Rechtspartei, begrenzen. Praktisch ist es in der Frage von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit auch bereits zu begrenzten Konflikten zwischen den Regierungen in Budapest und Warschau einerseits und der EU andererseits beispielsweise bezüglich der Eingriffe in die Justiz oder ungarischen Mediengesetzgebung gekommen (vgl. z.B. Müller 2013: 32 ff.).

Auch wenn die ungarische Regierung in Sachen „kultureller Konterrevolution“ bislang der Hauptstichwortgeber ist, kommt Polen als nach einem Ausscheiden Großbritanniens größtem Mitgliedsstaat außerhalb der Eurozone polit-ökonomisch größere Bedeutung zu. Parallelen in der polit-ökonomischen Positionierung Orbáns und der polnischen Regierung werden in Rydłinski (2016: 224) Skizzierung deutlich: „Soweit Polen und Deutschland mit wirtschaftlichen Problemen in ähnlicher Weise, durch die Wahrung eines recht ausgeglichenen Budgets und einer Beschränkung der öffentlichen Ausgaben, umgegangen sind, so zeigt sich doch beim Umgang mit dem massiven Zustrom von Flüchtlingen und Migranten eine klare Diskrepanz. In Warschau fürchten wir uns nicht nur davor, syrische Flüchtlinge zu akzeptieren, sondern wir sind Angela Merkel auch wegen ihrer Politik der ‚offenen Tür‘ entgegengetreten.“ Eine „Flucht nach vorn“ mit einer vertieften Integration und Föderalisierung als Ausweg aus der Krise, wie sie von Berlin und Paris unterstützt werde, sieht für Rydłinski (2016: 225) nicht nur die ungarische, sondern auch die polnische Regierung keine passende Strategie. In einem Bericht des Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, der kurz vor dem britischen Referendum über die EU-Mitgliedschaft veröffentlicht wurde, heben die AutorInnen die polnische Nähe zur britischen Politik in der EU hervor: Für beide Regierungen sei der „Binnenmarkt mit einem hohen Maß der Deregulierung“ der „höchste Mehrwert“ der EU (Borońska-Hryniewiecka et al. 2016: 56). Weiters erwähnen sie den Wunsch nach größerer Autonomie gegenüber Brüssel, die Ablehnung einer engeren Koordination in der Steuerpolitik sowie auch einer Vollmitgliedschaft in der Bankenunion, aber auch die Positionierung außerhalb der Eurozone (ibid.: 57). Die Implikation für die polnische Rolle als dem größten EU-Mitgliedsland außerhalb der Eurozone nach einem Brexit wird übrigens weder in dem Bericht noch an anderweitig ernsthaft thematisiert. Als einen zentralen Unterschied zur Prä-Brexit-Position Großbritanniens hebt der Bericht vor allem die redistributive Politik der EU – also die Kohäsions- und Strukturfonds – hervor, von der Polen profitiert (ibid.: 58). Ein Hauptanliegen der polnischen Regierung ist nach der Brexit-Entscheidung im britischen Referendum, die Rechte der polnischen ArbeitsmigrantInnen in Großbritannien zu wahren und eine Revision der EU-Politik in Richtung auf schärfere Regeln für ArbeitsmigrantInnen zu verhindern (Szymańska 2016).

Diese Positionierungen spiegeln die Kontinuitäten der Entwicklungsstrategie von PiS gegenüber ihren stärker neoliberalen Vorgängern – Anziehung von Auslandskapital durch Setzung niedrigerer regulativer und steuerlicher Standards sowie Entlastung des Arbeitsmarktes durch Emigration – wider. Diese Konkurrenzstrategie wird derzeit von der Fidesz-Regierung aggressiver als von der polnischen Regierung verfolgt. So kündigte die ungarische Regierung im November 2016 die Senkung der Unternehmenssteuer auf 9% - dem niedrigsten Satz in der EU – an (Pravda 2016: 37). Zudem ist der Wunsch nach Autonomie auch im Streben sowohl der ungarischen als auch der polnischen Regierung nach Förderung einer einheimischen, parteinahen Bourgeoisie begründet. Gleichzeitig sind Zugang zu den EU-Fonds für die öffentlichen Investitionen und die freie Arbeitskräftemobilität zur Reduktion der strukturellen Arbeitslosigkeit für die Wirtschaftsstrategie

der Fidesz- und PiS-Regierung essenziell. In diesen Fragen gibt es starke Überlappungen mit den sozialdemokratischen und liberalkonservativen Mainstream-Parteien der Region, wie Radovan Geist in seinem Beitrag für diese Kurswechselnummer herausarbeitet.

Es ist kein Zufall, dass sich die polnische PiS zentral auf das britische Beispiel der britischen Konservativen für eine nationalistische, deregulierende Politik innerhalb der EU bezog. Die EU-Politik der britischen Konservativen wurde konsequent in nationalistischen Begrifflichkeiten, dem Streben nach „britischem Einfluss“, gefasst (Watkins 2016: 11). Speziell die stärker nationalistischen Strömungen drängten auf die Aushandlung von Ausnahmeregelungen für Großbritannien, nicht zuletzt für die Beibehaltung des britischen Pfundes (ibid.: 11 ff.). Dies war Teil der britischen Konkurrenzstrategie. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Herausbildung eines Kerns um die Eurozone, einer sozialen Polarisierung, aber auch einer (Re-)Politisierung der unteren sozialen Klassen, verschärfte sich in der Zeit seit der großen Krise der Konflikt zwischen den VerfechterInnen einer nationalistischen Politik innerhalb der EU und einem Austritt aus der EU bei den britischen Konservativen, die unter Druck durch die souveränistische UKIP gerieten. Camerons Anberaumung eines Referendums war hierauf die Reaktion. Die Brexit-Kampagne war in ihrer sozio-ökonomischen Stoßrichtung gespalten: Einerseits reagierte sie auf das Verlangen nach Schutz primär bei den unteren sozialen Klassen mit Protektionsversprechen speziell bei der Arbeitsmigration, andererseits operierte sie mit einer durch eine post-imperiale Nostalgie getragene nationalistische Freihandelsstrategie, die sich eher an die obere Mittelschicht und minoritäre Sektoren der Bourgeoisie richtete (vgl. EuroMemo 2017: 5 f.). Die stark internationalisierten Fraktionen des britischen Kapitals, vor allem die Londoner City, traten für eine Fortsetzung der nationalistischen Strategie innerhalb der EU aus, verloren aber das Referendum. Die Debatte um die Brexit-Strategien zeichnet sich durch eine durch diese divergenten Orientierungen geprägte Ambivalenz aus. Die Tendenz scheint eher in Richtung auf die ultraliberale Freihandelsstrategie zu gehen. Darauf deuten offizielle Ankündigungen eines verschärften Steuersenkungswettbewerbs hin (vgl. FAZ 2016: 17).

Die Referendumsentscheidung für den Brexit ist von der nationalistischen Rechten in den westeuropäischen Kernländern enthusiastisch aufgenommen worden, beispielsweise der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV) oder dem französischen Front National (vgl. Fennema 2016: 254 ff.). Die Position dieser Parteien gegenüber der EU hat sich in den letzten Jahren verhärtet, ist aber nicht frei von Ambivalenzen. Reungoat (2016) kennzeichnet die sich verändernden Positionierungen des Front National als „Radikalisierung als Kontinuität“. Tatsächlich nahm der FN anfänglich eine „nationalistische Pro-Integrationshaltung“ (ibid.: 228) ein. Eine gemeinsame Verteidigung, ein gemeinsamer Grenzschutz, aber auch eine Gemeinschaftswährung wurden in den frühen 1980er Jahren noch vom FN unterstützt. Mit der neoliberalen Verdichtung der EU einerseits und einer gewissen Akzentuierung der Identitätspolitik wandte sich der FN zunehmend einem Konzept des „Europas der Nationen“ zu, das eine Bewahrung der Souveränität proklamierte. Hieraus folgte auch eine Kritik des Euro. In die ursprünglich stark neoliberal geprägte wirtschaftspolitische Programmatik fügte der FN zunehmend auch auf die Förderung des „nationalen“, kleinen und mittleren Kapitals, vor allem im produzierenden Gewerbe ab, was sich auch in der Akzentuierung einiger „protektionistischer Töne“ (Reungoat 2015: 231) niederschlug (vgl. auch Tarrit 2015 sowie Rettig in dieser Nummer). Darin unterscheidet sich der FN von UKIP oder auch den meisten britischen Konservativen. Besonders scharf ist Anti-ImmigrantInnen-Rhetorik – mit einer besonderen anti-muslimischen

Zuspitzung – des FN. Obwohl der FN – ähnlich wie die zentralosteuropäische nationalistische Rechte – ein extrem konservative Vorstellung von den Geschlechterverhältnissen formuliert, stigmatisiert sie neuerdings in Berufung auf den westlichen Lebensstil die Bevölkerung mit familiären Ursprüngen in muslimischen Ländern als „sexistisch und homophob“ (Crépon 2015: 204). In unterschiedlichen Nuancierungen ist die scharfe Positionierung gegen MigrantInnen, vor allem aus der Türkei und der arabischen Welt, aber oft auch aus der EU-Peripherie, der nationalistischen Rechten in Westeuropa gemein.

Für die niederländische PVV war sie ein zentrales Gründungsmotiv. Deren Gründer, Geert Wilders, kam ursprünglich aus der rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD). Bereits zur Zeit ihrer Gründung im Jahr 2006 positionierte sich die PVV kritisch zur EU. Die europäische Zusammenarbeit solle aus ihrer Sicht nur ökonomisch sein. Sie wandte sich gegen die Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Kommission und wünschte sich per Referendum eine Abschaffung des Euro (vgl. Fennema 2016: 141 f.). Dies ist mit im Kern rechtsliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen verknüpft (vgl. *ibid.*: 244), auch wenn diese Orientierung im Hinblick auf einer Erweiterung der WählerInnenbasis zuletzt abgemildert worden ist. EU-kritische Positionen sind in den Niederlanden nicht allein auf der Rechten zu finden. Aus einer Kritik der neoliberalen Integrationspolitik heraus wurde durch unterschiedliche Kräfte ein Referendum über das EU-Assoziationsabkommen mit der Ukraine durchgesetzt. Am 6. April 2016 wurde das Abkommen bei einer Referendumsbeteiligung von 32% von 61% der WählerInnen abgelehnt. Die Regierung hatte zugesagt, das Ergebnis zu respektieren. Unter Druck der Kommission und der anderen EU-Länder, die auf eine anti-russische Einheitsfront des Westens pochten, hat die Regierung Rutte einen Rückzieher gemacht und versucht mit Zusatzklärungen zum Abkommen dieses nun doch für eine Ratifizierung durch das Parlament zu boxen (vgl. Peepkorn/Righton 2016). Wie Ancilla van Lee-est von der Piratenpartei gegenüber dem linksliberalen Vrij Nederland erklärte, verstärkte dies das Gefühl „vieler Menschen nicht gehört zu werden“ (zit. nach Botje et al. 2017: 42). Dies wäre Wasser auf die Mühlen auch der PVV – kurz vor den niederländischen Parlamentswahlen. Das Vorgehen der Regierung Rutte zeigt, wie das Durchwurschteln der liberalkonservativen und sozialliberalen Mainstreamparteien in Verbindung mit hartem Durchregieren die Entfremdung gegenüber dem politischen System und der EU verstärkt. In den Niederlanden profitiert hiervon stark, allerdings nicht allein die nationalistische Rechte. In einer identitätspolitisch polarisierten und aufgeheizten Atmosphäre sehen Meinungsumfragen vor den Parlamentswahlen am 15. März 2016 die PVV vorne (FAZ 2017: 17).

Angenähert hat sich an die Positionen von FN und PVV, allerdings mit einer größeren Nähe zur PVV, auch die AfD mit einer Mischung der Propagierung einer primär ökonomischen Integration, einem ethnischen Nationalismus sowie einer immer schärferen Positionierung gegen MigrantInnen und Flüchtlinge.

Wie weit Kräfte wie der FN oder die PVV im Ernstfall in der Loslösung von der EU gehen würden, ist schwierig einzuschätzen. Sie waren bislang primär Oppositionskräfte, wengleich der PVV auch bereits einmal eine liberal-konservative Regierung in den Niederlanden toleriert hat. Die westeuropäische nationalistische Rechte mit einer starken Orientierung auf eine nationale, ethnisch homogen gedachte Wettbewerbsgemeinschaft arbeitet zunehmend eng zusammen – FN, PVV, FPÖ, Lega Nord und Vlaamse Belang (aber auch der AfD-Abgeordnete Marcus Pretzell) sind seit 2015 in der Fraktionsgemeinschaft „Europa der Nationen und der Freiheit“ im Europaparlament (Fennema 2016:

254). West- und osteuropäische VerfechterInnen eines „Europas der Vaterländer“ haben die Orientierung auf die nationalstaatliche Rückgewinnung wirtschaftspolitischer Instrumente mit dem Ziel der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit wie auch die Restauration überkommener Geschlechterverhältnisse und die Orientierung auf ethnisch homogene Nationalstaaten gemeinsam. Die nationalistische Rechte sucht mit der Aktivierung einer „restaurative Nostalgie“ (Koenis 2016: 169 ff.) speziell bei den destabilisierten Mittelschicht sowie der Arbeiterklasse zu punkten. Ideologisch verweisen diese Orientierung teils auf einen an angelsächsischen Leitbildern orientierten Neokonservatismus (z.B. die PVV, vgl. Vliegenhart/Raak 2006), teils auf eine Mischung neoliberaler und konservativ-reaktionärer Elemente.

Differenzen gibt es zwischen der nationalistischen Rechten der westeuropäischen Kernländer und der osteuropäischen Peripherie – bei aller Übereinstimmung im Abblocken der Flüchtlinge und MigrantInnen von außerhalb der EU – in der Frage der Arbeitsmigration innerhalb der EU. Die osteuropäischen nationalistischen Rechtsparteien sind auch eindeutiger auf einen Verbleib in der EU orientiert. In der Verteidigung der Kohäsions- und Strukturfonds, also einer regionalen Umverteilungskomponente, sind sie politischen Kräften jenseits der nationalistischen Rechten in der Peripherie näher als ihren rechtsnationalistischen Gesinnungsfreunden in den westeuropäischen Kernländern. Unterschiede bestehen auch in der geopolitischen Orientierungen – eher USA oder eher Russland – zwischen nationalistischen Rechtsparteien. Zwischen den Kräften der nationalistischen Rechten in der EU gibt es also erhebliche Übereinstimmungen, aber auch einige strukturell angelegte Spannungs- und Konfliktfelder.

Rechtsnationalistische Abfärbungen auf den Mainstream: Grenzschutz und Militarisierung

Ein Einfluss der nationalistischen Rechten auf den christ- und sozialdemokratischen Mainstream in der EU ist bereits erkennbar. Er drückt sich vor allem in der Forcierung der Themen (militarisierter) Grenzschutz und militärische Zusammenarbeit aus. So wurden im November und Dezember 2016 unter anderem von den EU-VerteidigungsministerInnen Schritte zur Stärkung der Rüstungsindustrie in der EU und zum Aufbau gemeinsamer Streitkräfte vereinbart, vom Europaparlament eine Entschließung zur Europäischen Verteidigungsunion verabschiedet, von der Kommission ein Verteidigungsplan vorgelegt sowie eine Kooperationsvereinbarung zwischen EU und NATO, zunächst vor allem im Bereich Logistik, getroffen. Speziell Letztere höhlt die Neutralität der fünf nicht der NATO-angehörigen EU-Länder, darunter Österreich, weiter aus. Es geht, wie Jörg Kronauer (2016b: 3) herausarbeitet, um Schritte Richtung EU-Kriegsführungsfähigkeit. Innere Probleme werden durch eine aggressivere Politik nach außen überdeckt. In dieser Frage herrscht – als große Ausnahme – ein relativ breiter Konsens in der EU (Kronauer 2016a: 3). Der Sicherheitsdiskurs wird zur gemeinsamen Klammer zwischen christ- und oft auch sozialdemokratischem Mainstream und der nationalistischen Rechten. Hierbei wird „Sicherheit“ auf polizeiliche und militärische Aspekte reduziert – das klassische rechte Diskursmuster. Die militärische Interventionspolitik von EU-Staaten, wie vor allem Großbritannien und Frankreich, im Nahen Osten hat wesentlich zu der starken Fluchtbewegung aus der Region in die EU beigetragen, die nun zu lauten Rufen nach scharfem Grenzschutz führt. Die vermeintliche Problemlösungs- ist also eine Problemschaffungspolitik. Diese Tendenzen zeigen Verschiebung der Integrationspolitik nach rechts an. Die Über-

nahme weiterer Themen der Rechten seitens des politischen Mainstreams – wie beispielsweise nur abgestufter Zugang von EU-MigrantInnen zu Sozialleistungen, wie schon bei den Konzessionen der EU an Großbritannien in der Vor-Referendumsphase angedeutet – sind durchaus denkbar.

Schlussfolgerungen

Gegen den Willen des Kerns der dominanten Kräfte Großbritanniens ist im britischen Referendum eine Entscheidung für den Brexit gefallen. Entscheidungen zur Ausrichtung und Konfiguration der EU, die gegen die Interessen des europäisierten Kapitals und der auf eine neoliberale Integration orientierten (oberen) Mittelschichten getroffen werden, sind auch künftig denkbar. Der Desintegrationsprozess hat bereits begonnen. Wie weit er geht, welche Formen er annimmt und ob die Linke in diesen Prozess wirksam intervenieren und diesen mitbeeinflussen kann, sind wichtige Fragen. Gleichzeitig sind sowohl bei den verschiedenen Integrationskonzepten der Rechten – auch dem Durchwursteln – als auch bei den rechten Desintegrationskonzepten deutliche Akzente von Law and Order sowie von Militarisierung, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung und Schärfe, unverkennbar. Neben der Frage der Gleichheit ist damit auch die Frage der Demokratie eine Schlüsselfrage für Strategie gegen rechte Europakonzeptionen.

Literatur

- Alberti, Manfredi (2016) Tutti contro il Cnel, la croce rossa del referendum. Un po' di storia. In: Il manifesto, 30.11.
- Becker, Joachim (2004) EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie? Kurswechsel, Nr. 1, 7–16
- Becker, Joachim (2015) Editorial. Konturen einer wirtschaftspolitischen Heterodoxie von rechts. In: Kurswechsel, Nr. 3, 60–69
- Becker, Joachim (2017) Rechtsregierungen in Ungarn und Polen: zwischen Neoliberalismus und Nationalkonservatismus. In: Politikum, 1/2017, 52–60
- Borghi Aquilini, Claudio (2014) Basta Euro. Come uscire dall' incubo. 31 domande, 31 riposte. La verità che nessuno dice. Un'altra Europa è possibile. O.O. (www.bastaeuro.org/libro/; abgerufen: 21.7.2015)
- Borońska-Hryniewiecka, Karolina/Kaca, Elżbieta/Płóciennik, Sebastian/Toporowski, Patryk (2016) Relacje Unia Europejska – Wielka Brytania po ewentualnym Brexicie. Stanowiska Niemiec, Francji, Włoch, Hiszpanii i Polski. Warschau
- Botje, Harm Ede/Broer, Thijs/Donkers, Sander (2017) Het antwoord van links. In: Vrij Nederland, 76. Jg., Januar 2017, 32–44
- Crépon, Sylvain (2015) La politique des mœurs au Front National. In: Crépon, Sylvain/Dézé, Alexandre/Mayer, Nonna (Hg.) Les faux-semblants du Front National. Sociologie d'un parti politique. Paris, 185–205
- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (1994) Überlegungen zur europäischen Politik. 1.9.1994 (www.cducsu.de/Schaeublelamers.94.pdf; abgerufen: 21.10.2016)
- Dörre, Klaus (2016) Die national-soziale Gefahr. Verteilungskonflikte und die Neue Rechte in Europa – Sechs Thesen. In: Widerspruch, 35(68), 165–176
- EuroMemo Group (2017) The European Union: the Threat of Disintegration. EuroMemorandum 2017
- Feinberg, Joseph Grim (2016) Die Verteidiger Europas. In: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, April, 6–7
- FAZ (2016) Schäuble warnt Briten vor Steuerdumping. In: Frankfurter Allgemeine 22.11., 17

- FAZ (2017) Wilders rückt die Niederlande in den Blick. In: Frankfurter Allgemeine, 10.1., 17
- Fennema, Meindert (2016) Geert Wilders. Tvenaarsleerling. Vierte, erweiterte Auflage. Amsterdam
- Ferro, Stefano (2016) Ma i Cinque Stelle vogliono uscire dall'euro? BastaunSi In: Il Fatto Quotidiano, Blog, 9.12.2016 (www.ilfattoquotidiano.it/2016/12/09/ma-i-cinque-stelle-vogliono-uscire-dall-euro?; abgerufen 20.12.2016)
- FPÖ (o.J.) Programm (www.fpoe.eu/dokumente/programm/; abgerufen: 21.7.2015)
- Friedrich, Sebastian (2015) Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Berlin
- Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2015) Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. Konfliktodynamiken im bundesdeutschen ‚Block an der Macht‘. In: Prokla, 45(3), 349–369
- Georgi, Fabian (2016) Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: Prokla, 46(2), 183–203
- Gramsci, Antonio (1991) Gefängnishefte. Band 1. Hamburg
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2015) Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. In: Prokla, 45(4), 563–591
- Hynčica, Pavel/Maškarinec, Pavel/Novotný, Lukáš (2016) Euroskepticismus ve střední Evropě. Prag
- Kellersohn, Helmut (2016) Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms. In: Kellersohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster, 14–28
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011) Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel, Nr. 1, 61–81
- Klaus, Václav (2016) Přežije Evropa současnou migrační vlnu? In: Literární noviny, Nr. 6, 6–7
- Koenis, Sjaak (2016) De januskoop van de democratie. Over de bronnen van de boosheid in de politiek. Amsterdam
- Kogovšek Šalomon, Neža (2016) „Humanitarni“ koridor: Stanje izjeme v času globalnih migracij. In: Časopis za kritiko znanosti, 44(264), 61–71
- Kronauer, Jörg (2016a) Krieg einigt die EU. In: Junge Welt, 3./4.9., 3
- Kronauer, Jörg (2016b) Autonom Krieg führen. In: Junge Welt, 8.12., 3
- Lenaerts, Koen (2015) Democrație, constituțional pluralism și în Hof van Justitie van de Europese Unie. In: Middelaar, Luuk van/Van Parijs, Philippe (Hg.): Na de Storm. Hoe we de democratie in Europa kunnen redden. Tiel, 129–144
- Lopes, Luís/Antunes, Margarida (2016) Die portugiesischen Eigenheiten. Vom Memorandum of „Mis-)Understanding zur Verständigung auf den Wandel. In: Kurswechsel, Nr. 2, 89–96
- Marro, Enrico (2016) „Ai liberisti la Costituzione dà fastidio. I tecnici arrivano alimentando la paura“. In: Corriere della Sera, 2.12., 6
- Müller, Jan-Werner (2012) Beyond Militant Democracy? In: New Left Review, Nr. 73, 39–47
- Müller, Jan-Werner (2013) Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie. Berlin
- Oberndorfer, Lukas (2016) Europa und Frankreich im Ausnahmezustand? Die autoritäre Durchsetzung des Wettbewerbs. In: Prokla, 46(4), 561–581
- Orbán, Viktor (2016) Bist du gegen den Frieden? In: Frankfurter Allgemeine, 11.7., 6
- Peeperkorn, Marc/Righton, Nathalie (2016) Het ja-knijke tegen de nee-stem. In: De Volkskrant, 29.12., 8–10
- Piller, Tobias (2016) Renzi und die Reformen. In: Frankfurter Allgemeine, 28.11.2016, 19
- Polanyi, Karl (1990) The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M.
- Pravda (2016) Bude z Maďarska daňový raj? In: Pravda, 19.11., 37
- Renner, Jens (2016) Die Verschrottung des Antifaschismus. In: Der Freitag, 1.12., 8
- Reungoat, Emmanuelle (2015) Le Front National et l'Union européenne. La radicalisation comme

- continuité. In: Crépon, Sylvain/Dézé, Alexandre/Mayer, Nonna (Hg.): Les faux-semblants du Front National. Sociologie d'un parti politique. Paris, 225–245
- Reuters (2016) Ue, M5s: „imperativo“ referendum su permanenza Italia in zona euro. Reuters, 23.8. (<http://it.reuters.com/article/topNews/idITKCN10Y1GI>; abgerufen: 20.12.2016)
- Rogowska, Barbara (2003) Partie prawicowe wobec integracji europejskiej w latach 1989–1998. In: Juchnowski, Jerzy/Tomaszewski, Janusz (Hg.): Europa i integracja europejska w polskiej myśli politycznej XX wieku. Wrocław, 141–171
- Rydliński, Bartosz (2016) On Polish-German relations during challenging times. In: New Eastern Europe, Nr. 6, 223–226
- Socha, Ryszarda (2016) Obywatel może odejść. In: Polityka, 49(3088), 30.11., 12–14
- Syrovatka, Felix (2016a) Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung. Wiesbaden
- Syrovatka, Felix (2016b) Nuit Debout: Frankreich gerät in Bewegung! In: Prokla, 46(2), 317–323
- Szczerek, Ziemowit (2016) Litwin cierpliwy, nie odpuści. In: Gazeta Wyborcza, 3.12., 10 f.
- Szymańska, Jolanta (2016) Przyszłość swobodnego przepływu osób po referendum w sprawie Brexitu. PISM Biuletyn 67 (1417)
- Tarrit, Fabien (2015) Zur wirtschaftlichen Ausrichtung des Front National. In: Kurswechsel, Nr. 3 75–80
- Vauche, Antoine (2014) Démocratiser l'Europe. Paris
- Vliegenhart, Arjan/Raak, Ronald van (2006) De leegte van rechts. Waar is heet neoconservatisme in Nederland? In: Pellikaan, Huib/Lubben, Sebastiaan van der (Hg.): Ruimte op rechts? Conservatieve onderstroom in de Lage Landen. Utrecht, 238–256
- Watkins, Susan (2014) The Political State of the Union. In: New Left Review, Nr. 90, 5–25
- Watkins, Susan (2016) Casting off. In: New Left Review, Nr. 100, 5–31
- Weissenbacher, Rudy (2015) Keine andere Welt, nur ein anderes Europa: Die Lega Nord am rechten Weg. In: Kurswechsel, Nr. 3, 81–87
- Wieland, Leo (2016) Der letzte Sozialist regiert in Portugal. In: Frankfurter Allgemeine, 12.12., 8
- Zahradil, Jan et al. (2001) Manifest českého eurorealismu. In: OS, Nr. 12, 45–48